



**University of  
Zurich**<sup>UZH</sup>

**Zurich Open Repository and  
Archive**

University of Zurich  
University Library  
Strickhofstrasse 39  
CH-8057 Zurich  
[www.zora.uzh.ch](http://www.zora.uzh.ch)

---

Year: 2003

---

## Die kosmopolitische Transgressivität der modernen Demokratie

Cheneval, Francis

DOI: <https://doi.org/10.1515/9783110204575.2.102>

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-52892>

Book Section

Published Version

Originally published at:

Cheneval, Francis (2003). Die kosmopolitische Transgressivität der modernen Demokratie. In: Kohler, Georg; Marti, Urs. Konturen der neuen Welt(un)ordnung. Beiträge zu einer Theorie der normativen Prinzipien internationaler Politik. Berlin/New York: de Gruyter, 102-119.

DOI: <https://doi.org/10.1515/9783110204575.2.102>

## Die kosmopolitische Transgressivität der modernen Demokratie

FRANCIS CHENEVAL

### 1 These

Verschiedene Legitimationselemente des modernen demokratischen Nationalstaates<sup>1</sup> implizieren die Verpflichtung auf einen kosmopolitischen Progress, d. h. auf einen ständigen Ausbau des interstaatlichen, überstaatlichen und transnationalen Netzwerks politischer Organisation im Hinblick auf eine immer umfassendere, systemisch reproduzierte Realisierung von Menschen- und Grundrechten. Dieser historische Imperativ kann als kosmopolitische Transgressivität der modernen Demokratie bezeichnet werden. Der moderne demokratische Nationalstaat ist durch seine normative Grundlage immer schon auf mehr verpflichtet und angelegt als seine partikulare Staatlichkeit. Die Idee der modernen Demokratie verwirklicht sich im Nationalstaat, weist aber immer schon über diesen hinaus und bietet eine Perspektive zur Politisierung der globalen Gesellschaftsprozesse nach demokratischen Kriterien. Die demokratische Legitimität aber auch die Stabilität und Sicherheit des modernen demokratischen Nationalstaates beruhen auf kosmopolitisch transgressiver Inklusion und Kooperation.

Die genannte These kann durch drei Argumentationen gestützt werden, die in den nächsten drei Abschnitten zur Darstellung gelangen. Nicht eingehen kann ich auf den postmodernen Kosmopolitismus im Anschluss an Thesen von Jean-François Lyotard, welcher die partikularstaatliche Volkssouveränität als tendenziell totalitär erweist und die legitime Souveränität in der „Idee der freien Gemeinschaft“ und „Offenheit für das Ereignis“ ansiedelt.<sup>2</sup> Es kann darauf hingewiesen werden, dass die Postmoderne in diesem Fall das in der politischen Philosophie der Moderne angelegte kosmopolitische Programm aufnimmt und weiterentwickelt.

Die These, dass es sich beim Kosmopolitismus um ein in der modernen Demokratietheorie angelegte Normativität handelt, braucht der Unterscheidung in eine Erste und Zweite Moderne (U. Beck) nicht unbedingt zu widersprechen. Der Kosmopolitismus wurde zwar in der Ersten Moderne nicht realisiert, war aber in gewissen Elementen der normativen Theorie der Demokratie bereits angelegt. Die

Globalisierung ist also nicht nur eine zivilisatorische Konsequenz der (Ersten) Moderne (A. Giddens), sondern auch eine begündungslogische Implikation von deren normativer Theorie der Demokratie.<sup>3</sup>

In einer ersten Argumentation (Abschnitt 2) soll ausgeführt werden, dass sich aus dem Anspruch des demokratischen Nationalstaates auf die Verwirklichung von Menschen- und Grundrechten ein historischer Imperativ zur deren universaler Projektierung und Verwirklichung ergibt.<sup>4</sup>

In einer zweiten Argumentation (Abschnitt 3) wird dargelegt, dass auch jener modernen Staatsbegründung, die sich auf ein rationales Sicherheitskalkül im Anschluss an Hobbes' Argument der Selbstwidersprüchlichkeit anarchischer Koexistenz individueller Begehrlichkeiten stützt, ein Widerspruch zwischen dem individualistischen Sicherheitsanspruch und seiner etatistisch-kollektivistischen Einlösung innewohnt. Eine Erfüllung der prioritären individuellen Sicherheitsbedingung ist nur durch eine kosmopolitische Durchdringung und internationale Vernetzung etatistischer Sicherheitsdispositive zu erreichen. Die moderne individualistische Sicherheitsbedingung bleibt uneingelöst, wenn sich bloß ein „wir“ konstituiert, das stark genug ist, um sich gegen ein anderes „wir“ oder gegen alle anderen „wir“ zu behaupten.

Drittens (Abschnitt 4) muss im liberalen Nationalismus eine immanente Spaltung zwischen Minderheitennationalismus und nationalstaatlichem Nationalismus diagnostiziert werden. Dies bedeutet, dass der mit Recht hervorgehobene historische und normative Primat des Nationalstaates im Hinblick auf die Realisierung der liberalen Demokratie gleichzeitig auf die Bildung multinationaler und föderaler staatlicher Einheiten weiter verweist. Wird der Prozess tendenzieller multinationaler Inklusion prinzipiell abgeblockt, ist die Nationenbildung für einige gleichzeitig eine Nationenzerstörung für andere und mit den Prinzipien des liberalen Nationalismus nur schwer zu vereinbaren.<sup>5</sup>

Alle drei in der Folge erläuterten kosmopolitischen Konsequenzen ergeben sich aus dem Begründungsdiskurs der modernen nationalstaatlichen Demokratie selbst. Sie sind nicht das Resultat eines abstrakten, unreflektiert vater(lands)mörderischen oder imperialistischen Kosmopolitismus und bieten auch keine Grundlage zu dessen Verteidigung. Der liberale demokratische Nationalstaat soll hier nicht diskreditiert, sondern in seinen normativen Entwicklungszwecken besser verstanden werden. In der menschen- und grundrechtlichen Begründung der modernen nationalen Demokratie ist *eo ipso* eine kosmopolitische Transgressivität angelegt, der nur durch die graduelle Realisierung entsprechender postnationaler demokratischer Rechtsstrukturen Genüge geleistet werden kann.

Kosmopolitische Transgressivität bedeutet, dass der liberale demokratische Nationalstaat vielleicht als bisher beste Realisierung menschlicher Emanzipationsideale gelten kann und deshalb eine wünschenswerte und im Kontext der historischen

1 Der moderne demokratische Nationalstaat wird hier allgemein als eine durch partizipative und repräsentative Demokratie, Gewaltenteilung, individualrechtlich fundierten Konstitutionalismus und Foren kritischer Öffentlichkeit gekennzeichnete StaatsbürgerInnennation mit Völkerrechtsunmittelbarkeit verstanden.

2 Vgl. J.-F. Lyotard, 1990.

3 Vgl. Cheneval, 2002.

4 Die Spannung zwischen Menschenrecht und staatsbürgerlichem Grundrecht ist nicht zu verwechseln mit dem als paradox bezeichneten Verhältnis zwischen verfassungsmäßig garantierten Individualrechten und Volkssouveränität. Vgl. dazu Habermas, 2001.

5 Vgl. Kymlicka, 2001, S. 229-234.

Fragilität der Demokratie sicher erhaltenswerte Staatsform darstellt, dass sich mit seinem normativen Anspruch aber der Selbstauftrag verbindet, die inneren und äußeren Grenzen der Nationalstaatlichkeit reziprok zu überschreiten und eine immer allgemeinere institutionelle Garantie von politischen und sozialen Grundrechten, von zwischenstaatlicher Sicherheit und von multinationaler Rechtssicherheit anzustreben.<sup>6</sup> Dieser Prozess stellt, wenn er demokratisch verantwortet und auf jeder Entwicklungsstufe zivilgesellschaftlich konsolidiert wird, wenn er zwischen den Staaten auf Reziprozität und Respekt von kultureller Differenz beruht, eine Vertiefung der modernen Demokratie im Sinn eines prozessualen Kosmopolitismus dar (Abschnitt 5).

## 2 Menschenrechtsuniversalismus und bürgerlicher Grundrechtspartikularismus

In den „Federalist Papers“, die zu den Gründungsschriften der modernen liberalen Demokratie gezählt werden können, schrieb Alexander Hamilton im Jahr 1787 an die Bevölkerung von New York, dass nicht nur die Vereinigten Staaten von Amerika, sondern die ganze Menschheit durch das Projekt einer historisch neuartigen, demokratischen Verfassung an einen „kritischen Punkt“, an eine „Zeitenwende“ gelangt sei. Ihre Nicht-Ratifizierung wäre, so führte Hamilton aus, ein „Unglück für die gesamte Menschheit“, ihre Annahme hingegen sei eine Frage der „Philanthropie“.<sup>7</sup> Beinahe im gleichen Atemzug beruft sich aber Hamilton auf das Zusammengehörigkeitsgefühl einer Nation und eines Volkes gleicher Vorfahren, gleicher Sprache, gleicher Religion, gleicher Sitten, Gebräuche und politischer Grundsätze.<sup>8</sup> Zwei Jahre später verabschiedete die Französische Nationalversammlung die „Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte“, in der die Konstitution nationaler Souveränität und exklusiver Bürgerrechte<sup>9</sup> mit dem Anspruch auf menschenrechtliche Universalität der eigenen Verfassungsordnung verbunden wurde.<sup>10</sup> Alexis de Tocqueville, der 1835 durch seine Analysen das moderne demokratische Selbstverständnis wie keiner vor ihm auf den Punkt zu bringen wusste, fasste diese sowohl bei Hamilton als auch in der *Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte* enthaltene problematische Verschränkung von menschenrechtlicher Universalität und nationalstaatlich volksdemokratischer Partikularität der modernen Demokratie in folgende Formel: „Eine Nation ist gleichsam ein Geschworenenkollegium, das die gesamte Menschheit zu vertreten und die Gerechtigkeit, die ihr Gesetz ist, zu verwirklichen hat“.<sup>11</sup>

Die genannten Schriftstücke exemplifizieren, dass das universalistische Fundament den modernen Demokratien eine über die nationale Eigenheit hinausweisende Legitimität und Würde zu verleihen scheint. Dazu gehört der Anspruch, in bestimmter Weise den Standpunkt der Humanität zu vertreten und als liberale demokratische Nation einen menschenrechtsrechtlichen Mikrokosmos darzustellen. Zu diesem Selbstverständnis gesellte sich, zum Beispiel schon bei Kant<sup>12</sup>, aber auch bei den *Federalists*<sup>13</sup> eine universalhistorische Entwicklungsperspektive, in der die Gründung einer partikularen demokratischen Republik (oder zumindest der damit einhergehende Enthusiasmus unbeteiligter Zuschauer) als „Geschichtszeichen“, als Moment der Vorsehung in der Menschheitsgeschichte, als Vorwegnahme eines menschenrechtsrechtlichen Endzwecks verstanden wird. Der moderne liberale Nationalstaat erscheint durch seine von ihm nicht zu trennende menschenrechtliche Legitimationsgrundlage immer auch im Licht kosmopolitischer Exemplarität.

Auch heute wird diese Position im Allgemeinen noch vertreten, sie wird aber stärker auf ihre kosmopolitischen und kulturellen Implikationen hin reflektiert. Albrecht Wellmer spricht von einem „unleugbaren Zusammenhang zwischen dem Begriff der Menschenrechte und dem der bürgerlichen Grundrechte“,<sup>14</sup> Jürgen Habermas, angesichts erhöhter Mobilität und Migration, vom „Widerstreit zwischen den universalistischen Grundsätzen des demokratischen Rechtsstaates einerseits und den partikularistischen Ansprüchen auf die Integrität eingespielter Lebensformen andererseits“.<sup>15</sup> Außerdem hebt Habermas die Tatsache hervor, dass die demokratischen Nationalstaaten in Sachen Demokratie, Ökologie und Ökonomie ein politisches Programm verfolgen, das sie erst jenseits ihrer Grenzen verwirklichen können.<sup>16</sup> D. Held arbeitet die aktuellen Formen des Auseandertretens von tatsächlicher Relevanz nationalstaatlicher Politik und universellen Ansprüchen heraus. Es kann somit auch darauf hingewiesen werden, dass nicht nur normative Überlegungen, sondern auch deskriptive politikwissenschaftliche Analysen das hier verteidigte Argument der kosmopolitischen Transgressivität des demokratischen Nationalstaates stützen.<sup>17</sup>

Auch wenn die notwendige Identifikation des Verfassungsstaates mit der Nation im Prinzip „aufgekündigt“ werden kann,<sup>18</sup> also keine Verabsolutierung darstellt, gilt aber, dass die performative Realisierung der bürgerlichen Grundrechte immer einem Inklusions- und Exklusionsmodus folgt, der sich, aus rational einsichtigen Gründen, vom universalistischen Vernunftsanspruch der Menschenrechte als Grundrechte unterscheidet. Deshalb haftet am menschenrechtlichen Fundament des demokratischen Nationalstaates vorläufig immer auch der Makel der unstatthaften Universalisierung des Partikularen. Dieser Tatbestand ist heute

6 Zum Begriff des transgressiven Charakters der Demokratie, der hier kosmopolitisch ausgeweitet wird, vgl. Wellmer, 1993, 63 ff.

7 Vgl. Hamilton/Madison/Jay, 1994, S. 1.

8 Ebd. S. 6 f.

9 Vgl. Art. 3; 6. Vgl. <http://www.liberte.ch/histoire/ddhc/> (von Pascal Nicollier).

10 Vgl. Art. 1; 2; 16.

11 Tocqueville, 1985, S. 145.

12 Kant, AA, Bd. 7, S. 84-86. Der Streit der Fakultäten.

13 Vgl. Hamilton/Madison/Jay, 1994, S. 6 f.

14 Wellmer, 1998, S. 265.

15 Habermas, 1992, S. 632 f.

16 Habermas, 1998, S. 125.

17 Held (1995, S. 101-140) identifiziert fünf sogenannte „disjunctures“. Vgl. auch Grande/Risse, 2000, S. 235-267.

18 Vgl. Habermas, 1998, S. 128.

weniger akut als früher. Seit ihrer Gründung hat die moderne Demokratie einen langsamen Prozess des graduellen Abbaus von Inklusionsdefiziten durchgemacht. Zur Zeit der Anfänge der modernen Demokratie waren politische und soziale Grundrechte in den USA und Europa trotz universalistischem Anspruch eine Angelegenheit reicher Männer gleicher Abstammung. Schrittweise wurde sie dann, variiert nach Nation, ausgedehnt. Die Abschaffung der Sklaverei und des Zensus, die Aufhebung der Judengesetze und die Einführung des Frauenstimmrechts sind Marksteine eines nachträglichen, von Rückfällen gekennzeichneten und unabgeschlossenen Inklusionsprozesses, der heute nebst dem Bemühen um möglichst weltweite demokratische Nationenbildung auf einen besseren sozialen und politischen Einbezug von „Fremden“ hindrängt und Gerechtigkeit im Horizont des Einbezugs von Differenzen reflektiert.<sup>19</sup> In Ergänzung zum erblichen Bürgerrecht tritt heute vermehrt die Residenz und Betroffenheit als Kriterium politischer Grund- und Teilhaberechte in den Blickpunkt.<sup>20</sup>

Der demokratische Nationalstaat erhebt also Legitimitätsansprüche, die er allein nur in Bezug auf die Unterlassungspflichten, in Bezug auf die sich aus den Menschenrechten ergebenden positiven Pflichten aber nur sehr partiell einlösen kann. Eine dem demokratischen Rechtssystem immanente Kodifizierung der Menschenrechte für Nicht-Bürger gibt es nicht. Sie wäre eine Selbstüberforderung. Kein Staat kann und soll allein und vollständig Menschenrecht in bürgerliches Grundrecht umsetzen. Dieser Prozess bedarf reziprok vereinbarter und durch gemeinschaftliche Politik und Entscheidungsgremien verantworteter Regelsysteme. Deshalb beinhaltet die Inanspruchnahme einer menschenrechtlichen Legitimationsgrundlage für den demokratischen Nationalstaat (nur) die Verantwortung, im Verbund mit anderen und tendenziell allen Staaten einer universalen Realisierung der Menschen- und Bürgerrechte in die Hand zu arbeiten. A. Wellmers Formulierung „der Universalismus der Menschenrechte verlangt eine Universalisierung demokratischer Bürgerrechte“<sup>21</sup> ist in diesem Sinn zu verstehen. Es handelt sich im Grunde um einen doppelten Imperativ. Dieser verlangt eine Ausdehnung der Bürgerrechte im Staat auf alle in einem Territorium längerfristig Residierenden erwachsenen Menschen und eine Gewährung von menschenrechtlich fundierten Bürgerrechten in allen Staaten. Die konzeptuelle Abgrenzung von Menschenrecht und Bürgerrecht bleibt sinnvoll, die absolute operationelle Trennung ist aber „anfechtbar“ und „revisionsbedürftig“.<sup>22</sup> Das entscheidende rechtsphilosophische Argument dafür bildet die notwendige Korrelation von Rechten und rechtsgewährenden Normen.<sup>23</sup> Dieser notwendigen Korrelation ist im Fall einer ausschließlich nationalstaatlichen Grundrechtsgarantie nicht Genüge getan. Daran würden die Menschenrechtskonventionen des internationalen Rechts grundsätzlich nur dann etwas ändern, wenn sie im Sinn von verfassungsmäßigen Grundrechten von einer supranationalen Jurisdiktion gegen Einzelstaaten angewandt würden und auch entsprechend einklagbar

wären.<sup>24</sup> Diese rechtslogisch einsichtige Forderung ist aber inadäquat, weil nicht genügend in Rechnung gestellt wird, dass die effektive Garantie von Grundrechten nicht einfach durch völkerrechtlich bindende Menschenrechtskataloge und Tribunale geleistet wird, sondern systemisch durch soziale und politisch stabile Gemeinschaften. Dieser Gesetzmäßigkeit entspricht z. B., dass der Grundrechtskatalog der Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika später hinten angefügt und nicht vorangestellt wurde. Hamilton wies nicht zu Unrecht darauf hin, dass die individuellen Grundrechte primär vom funktionierenden Verfassungssystem selbst und der Gesellschaft als Ganzem gewährleistet werden. Ohne Einbettung in ein ganzheitliches demokratisches Verfassungssystem sozialer, politischer und juridischer Bindungen zeitigen Menschenrechts- und Grundrechtskataloge wenig Wirkung.<sup>25</sup>

Die hier angesprochene kosmopolitische Transgressivität der modernen Demokratie, aber auch die Gegenläufigkeit zwischen normativem Anspruch und realhistorischen Realisierungsbedingungen, war nebst Kant auch schon Tocqueville bewusst, dessen oben erwähntes Zitat zur Nation als einem Geschworenengericht der Menschheit folgendermaßen schließt: „Soll das Geschworenengericht, das die Gesellschaft vertritt, mehr Macht haben, als die Gesellschaft selbst, deren Gesetze es anwendet? Wenn ich daher einem ungerechten Gesetz den Gehorsam verweigere, spreche ich keineswegs der Mehrheit das Recht ab, zu befehlen; ich appelliere lediglich von der Souveränität des Volkes an die Souveränität der Menschheit“.<sup>26</sup> Übersetzt man diesen Gedanken in einen aktuellen Theoriehorizont, ergibt sich, dass das oft monierte Demokratiedefizit nicht nur der Europäischen Union eigen ist, sondern dass sich der moderne demokratische Nationalstaat, gemessen an den von ihm selbst nur partiell einlösbaren universalistischen Legitimationsansprüchen, tendenziell ebenfalls in einem Demokratiedefizit befindet. Die Europäische Union erscheint unter diesem Gesichtspunkt als Möglichkeit des Abbaus eines aus (inter)nationaler Selbstzentrierung sich ergebenden Demokratiedefizits. Dies ist keine grundsätzliche Diskreditierung des Nationalstaates, denn sein Demokratiedefizit ist wie dasjenige der EU bereits das Resultat eines Progresses der Demokratie. Ohne Inanspruchnahme und partielle Realisierung einer universalistischen Legitimationsgrundlage im liberalen Nationalstaat käme der normative Überschuss kosmopolitischer Transgressivität der Demokratie gar nicht zum Vorschein. Ihr immer deutlicheres Hervortreten kann deshalb als Zeichen eines einstweilen noch intakten demokratischen Progresses interpretiert werden.

### 3 Die Genealogie des Sicherheitsdilemmas

In einem nächsten Schritt soll aufgezeigt werden, dass sich der Steigerungsanspruch zum ständigen Abbau des Inklusions- und Integrationsdefizits in der modernen Demokratie nicht nur aus dem vernünftigen Menschen- und Grundrechtsgedan-

19 Vgl. Lohmann, 2001, S. 769-773.

20 Vgl. Delanty, 2000, S. 51-67.

21 Wellmer, 1998, S. 284.

22 Vgl. Koller, 1998a, S. 101, 116.

23 Vgl. Alexy, 1994, S. 185 ff.

24 Diese Argumentation ist ausgeführt bei Habermas, 1996a, S. 20-24.

25 Vgl. Hamilton/Madison/Jay, 1994, S. 519-530.

26 Tocqueville, 1985, S. 145.

ken, sondern auch aus dem für die Konstitution des modernen Staates fundamentalen rationalen Sicherheitskalkül ergibt.<sup>27</sup> Es ist also nicht möglich, eine grundsätzliche Antinomie zwischen dem normativen Legitimationsdiskurs über Menschen- und Grundrechte einerseits und dem pragmatischen Sicherheitsdiskurs andererseits zu konstruieren. Grundrechte auf der einen und Sicherheit auf der anderen Seite stehen nicht in einem prinzipiellen Widerstreit. Im Gegenteil, dem pragmatischen Sicherheitsdiskurs wohnen in Bezug auf seine nationalstaatliche Fixierung ähnliche Ambiguitäten inne wie dem nationalistischen Grundrechtsdiskurs.

Thomas Hobbes bemerkte in „De cive“, dass sich Menschen unter zweifachem Gesichtspunkt begegnen: als Bürger desselben Staates oder als Staaten. Im einen Fall sind sie einander in Gerechtigkeit und Frieden verbunden, im anderen Fall brauchen auch die Guten Krieg, Gewalt und Täuschung, um ihre Sicherheit zu gewährleisten. Im einen Fall ist der Mensch seinem nächsten ein „Gott“, im anderen ein „Wolf“.<sup>28</sup> Hobbes hat den Menschen nicht pauschal als des Menschen Wolf bezeichnet (dies ist ein oft wiederholtes Missverständnis), sondern nur auf der Ebene einer methodischen Abstraktion, nur insofern souveräne Staatspersonen anderen souveränen Staatspersonen gegenüber stehen. Die Vorstellung eines Krieges aller gegen alle entspringt nicht einer individualistischen, sondern einer etatistischen Perspektive. Sie kommt durch eine fiktive Übertragung der Attribute des Staates und der zwischenstaatlichen Beziehungen auf die Beziehungen der Individuen zu Stande: Der souveräne Staat entsteht seinerseits durch die Übertragung von Autorität von den natürlichen Personen auf die fiktive Staatsperson.<sup>29</sup> Auch Hobbes räumt ein, dass es zu keiner Zeit Individuen gibt, die nicht irgendwie unter einer bestimmten Herrschaft stehen und einer machtpolitisch strukturierten Gemeinschaft angehören. Daraus folgt, dass der Naturzustand unter Individuen eine Fiktion, ein Gedankenexperiment ist.<sup>30</sup> Von diesem Zustand der Herrschaftsfreiheit behauptet Hobbes, er sei ein Kriegszustand. Durch den Konjunktiv bringt er den hypothetischen Status dieser Behauptung zum Ausdruck.<sup>31</sup> Der Naturzustand als Zustand der Herrschaftsfreiheit ist für ihn aber auch eine empirisch feststellbare Realität: eben der Verhältnisse zwischen den Staaten.<sup>32</sup> Mit dem Hinweis darauf

belegt er seine – in Bezug auf Individuen einer empirischen Anschauung entbehrende – These, dass unter den Bedingungen der Herrschaftsfreiheit die menschlichen Verhältnisse zum Krieg aller gegen alle degenerieren.<sup>33</sup> Die „domestic analogy“, wonach die Überwindung des Naturzustandes auf einer zweiten Stufe im Geiste Hobbes' auf das Verhältnis der Staaten zu übertragen ist,<sup>34</sup> beruht demnach auf einer als solcher nicht wahrgenommenen Verschiebung. Adäquater ist es, im kontraktualistischen Argument von einer Retroprojektion des Kriegszustands zwischen den souveränen Staaten in den fiktiven Naturzustand menschlicher Einzelung zu sprechen. Erst dadurch gewinnt Hobbes seine Hypothese eines kriegerischen Naturzustands zwischen allen menschlichen Individuen. Konstitutiv für die These des Kriegszustands ist explizit die im internationalen Bereich gegebene Abwesenheit einer zentralen Macht.<sup>35</sup> Die These des Kriegszustands aller gegen alle folgt aus der Fiktion souveräner, absolutistischer Staatspersonen.<sup>36</sup> Auch ohne Waffengang ist das Verhältnis von souveränen Staatspersonen aufgrund der Abwesenheit eines Paktes aller mit allen und einer dadurch konstituierten Sicherheitsgarantie durch eine höchste Macht, ein Zustand, der es erfordert, dass die Staaten zum Krieg rüsten.<sup>37</sup> Der Krieg aller gegen alle ist somit nicht mit dem Bürgerkrieg gleichzusetzen, der nie ein Krieg aller Individuen gegen alle ist, sondern ein Krieg zwischen Parteien, die, im Gegensatz zu Individuum und Staat, durch keine Fiktion als moralische Person, als Einzelwesen, definiert sind. Hobbes verweist gerade nicht auf den Bürgerkrieg, um seine These des Kriegs aller gegen alle empirisch zu belegen, sondern auf die internationalen Beziehungen.

Bei Hobbes hat also eine Übertragung der Attribute des Staatssubjekts auf das Individuum stattgefunden: das gewaltbereite, in einem rechtsfreien Raum agierende Individuum von Hobbes' Naturzustandshypothese ist nach dem Ebenbild des souveränen, bewaffneten Staates konzipiert. Die Betrachtung der herrschaftsfreien Beziehungen zwischen menschlichen, total vereinzelt Individuen als permanentem Kriegszustand ist immer schon eine Projektion des Modells der zwischenstaatlichen Situation auf die Beziehungen zwischen menschlichen Individuen. Diese existieren, wie Hobbes selber einräumt, in Wirklichkeit nie total vereinzelt und insbe-

27 Ausführlicher dargestellt findet sich die nun folgende These in Cheneval, 2002, S. 217–253.

28 Hobbes, 1983, S. 24: „To speak impartially, both sayings are very true; *That Man to Man is a kind of God; and that Man to Man is an arrant Wolfe*: The first is true, if we compare Citizens amongst themselves; and the second, if we compare Cities. In the one, there's some analogy of similitude with the Deity, to wit, Justice and Charity, the twin-sisters of peace. But in the other, Good men must defend themselves by taking to them for a Sanctuary the two daughters of War, Deceit and Violence“.

29 Vgl. Hobbes, 1839, XV; 1962, c. 16.

30 Vgl. Hobbes, 1962, S. 101: „It may peradventure be thought, there was never such a time, nor condition of war as this; and I believe it was never generally so, over all the world: but there are many places where they live so now. For the savage people in many places of America ... have no government at all; and live at this day in that brutish manner, as I said before“.

31 Vgl. Hobbes, 1983, I, 12, S. 49: „The natural state of men, before they entered into Society, was a meer War, and that not simply, but a War of all men, against all men“. Vgl. auch Leviathan, c. 13; 101: „Howsoever, it may be perceived what manner of life there would be, where there were no common power to fear, by the manner of life, which men that have formerly lived under a peaceful government, use to degenerate into, in a civil war“.

32 Vgl. Mohrs, 1995, S. 260 f.

33 „But though there had never been any time, wherein particular men were in a condition of war one against another; yet in all times, kings, and persons of sovereign authority, because of their independency, are in continual jealousies, and in the state and posture of gladiators; having their weapons pointing, and their eyes fixed on one another; that is, their forts, garrisons, and guns upon the frontiers of their kingdoms; and continual spies upon their neighbors; which is a posture of war“. Hobbes, 1962, c. 13, S. 115.

34 Vgl. Suganami, 1989; Steiger, 1992, S. 115; Hurrell, 1990, S. 183–205.

35 Vgl. auch Hobbes, 1971, S. 57.

36 „The liberty, whereof there is so frequent and honourable mention ... is not the liberty of particular men; but the liberty of the commonwealth: which is the same with that which every man then should have, if there were no civil laws, nor commonwealth at all. And the effects of it also be the same. For as amongst masterless men, there is perpetual war, of every man against his neighbour ... so in states, and commonwealths not dependent on one another, every commonwealth, not every man, has an absolute liberty, to do what it shall judge, that is to say, what that man, or assembly that representeth it, shall judge most conducing to their benefit. But withal, they live in the condition of a perpetual war, and upon the confines of battle, with their frontiers armed, and cannons planted against their neighbors round about“. Hobbes, 1962, c. 21; S. 162.

37 Hobbes, 1983, XIII, 7, S. 197.

sondere nie horizontal herrschaftsfrei, sondern immer schon in einem hierarchisch strukturierten „wir“, in Familien, Horden, Produktions- und Handelsgemeinschaften, oder eben Staaten. Im Naturzustandstheorem und dem damit legitimierten Staat ist der Staat also nicht primär ein menschliches Makrosubjekt, sondern das menschliche Individuum ist als fiktives Naturzustandsindividuum ein fiktiver Mikrostaat. Diese methodische Verschiebung wird aber in Hobbes' Argument unterschlagen und er setzt in seinem kontraktualistischen Argument beim Krieg aller Menschen gegen alle Menschen ein. Um unter allgemeinen Kriegsbedingungen zu überleben und das Eigentum zu sichern, müssen rationale Individuen der vertraglichen Schaffung eines souveränen Staates zustimmen. Aus den Bedingungen, die den Krieg perpetuieren oder verursachen, leitet Hobbes also die Bedingungen zu dessen grundsätzlicher Überwindung ab.

Die moderne politische Philosophie stellt mit Hobbes den Anspruch, den Einzelstaat durch ein nur dem Selbsterhaltungsprinzip verpflichtetes Sicherheitskalkül auf eine strengere wissenschaftliche Grundlage stellen zu können. Da aber der zu überwindende Naturzustand in Wirklichkeit ein Abstraktum der zu begründenden Organisation der Gesellschaft in souveräne Einzelstaaten ist, wird mit dieser Begründung der schärferen Konturen staatlicher Realität ein Dilemma geschaffen. Die „domestic analogy“ muss also im Sinn der zwischenstaatlichen Transgressivität des Nationalstaates selbst umgedreht werden. Die Analogie und fiktive Projektion ist diejenige der Staatsgründung durch vereinzelte, unabhängige menschliche Individuen. Das Naturzustandstheorem als Legitimationsfigur des neuzeitlichen Staates ist eine vom Naturzustand zwischen unabhängigen, autarken und aggressiven Einzelstaaten auf die Individuen übertragene Analogie. Die „domestic analogy“ ist also gar keine Analogie, sondern das ursprüngliche Modell der Gesellschaftsstiftung zwischen souveränen Naturzustandssubjekten.

Daraus ergibt sich die Konsequenz, dass die moderne Staatsphilosophie im Anschluss an Hobbes, wenn sie die staatliche Souveränität mit einem Sicherheitskalkül als einzige Möglichkeit der Verhinderung eines performativen Selbstverspruchs rationaler Egoisten darlegt, elliptisch argumentiert. Es wird ein Staat begründet, dessen Attribute zuvor auf die individualistischen Prämissen seiner Begründung übertragen wurden. Es überrascht nicht, dass diese Legitimationsfigur nicht nur theoretisch, sondern auch operationell in ein Dilemma führt. Je mehr die Staaten zu ihrer Sicherheit aufrüsten, desto mehr erhöhen sie die allgemeine Unsicherheit des Systems. Dieser Umstand ist der neueren Forschung in Form des Sicherheitsdilemmas bekannt und wurde schon von Montesquieu beklagt.<sup>38</sup> Die epistemologischen Gründe dieses Dilemmas sind in einer Verschiebung von be-

stimmten staatlichen Attributen auf die menschlichen Individuen innerhalb des kontraktualistischen Arguments zu suchen.

Das ist aber erst ein Aspekt der komplexen Vermengung individualistischer und etatistischer Attribute in Bezug auf Individuum und Staat bei Hobbes. Der zweite Aspekt besteht darin, dass Hobbes das individualistische Selbsterhaltungsprinzip vom Individuum auf den Staat überträgt. Er versucht, dem Sicherheitsdilemma durch eine definitive Rückübertragung des individualistischen Sicherheitskalküls auf das Staatssubjekt zu entgehen. Im Umfeld von internationaler Anarchie können sich Staaten behaupten, der Staat wird sogar als dasjenige Subjekt definiert, das unter Naturzustandsbedingungen überleben kann.<sup>39</sup> Dadurch entsteht jedoch eine Diskrepanz zwischen der Erhaltung des Staates und dem individuellen Sicherheitsanspruch, weil der Fortdauer des Staates permanent Individuen geopfert werden müssen. Um den kosmopolitischen Konsequenzen des Naturzustandstheorems zu entgehen, wird also das ursprünglich individualistische Selbsterhaltungsprinzip in ein etatistisch-kollektives überführt. Dass aus der Sicht des Individuums, dessen Zustimmungsfähigkeit zur Staatsgründung auf der Bedingung der eigenen individuellen Selbsterhaltung und Sicherheit beruht, dieses Kalkül der reinen Staatsraison nicht mehr aufgeht, hat Hobbes nicht problematisiert. Die Entwicklung der modernen Staatsphilosophie bei Locke, Rousseau und Kant kann als zunehmendes Freilegen des verschütteten individualistischen Ursprungs des vertragstheoretischen Arguments verstanden werden. Dieser Prozess ging einher mit einem Ausbuchstabieren der kosmopolitischen Transgressivität der individualistisch vertragstheoretischen Staatslegitimation hobbesianischer Prägung und mit der Entwicklung einer föderalistischen Theorie der internationalen Beziehungen.<sup>40</sup>

Einen grundsätzlichen Widerstreit zwischen dem kontraktualistischen Sicherheitskalkül und der universalistischen Fundierung der modernen Demokratie durch individuelle Grundrechte gibt es also nicht. Die modernen ökologischen und atomaren Bedrohungen des Staates lassen vermehrt auch die Möglichkeit einer Selbsterhaltung des Staates unter politisch und rechtlich strukturschwachen Bedingungen verblassen. Auch in Bezug auf das Sicherheitsargument gilt also, dass der liberale demokratische Nationalstaat zusammen mit seiner kosmopolitischen Transgressivität gleich auch sich selbst verleugnen müsste. Oder noch einmal anders formuliert: Der Prozess des graduellen Abbaus etatistisch-souveränistischer Gewaltmonopole und des Ausbaus von multipolaren Sicherheitsnetzen und der internationalen Strafrechtsjurisdiktion würde eine zunehmend optimalere Erfüllung der individualistischen Selbsterhaltungsbedingung moderner Rechtsstaatlichkeit bedeuten. Dieses Argument akzentuiert sich unter Berücksichtigung eines umfassenderen Sicherheitsbegriffs, der auch ökologische und ökonomische Kriterien impliziert.<sup>41</sup>

38 Vgl. Herz, 1951; Jervis, 1978; Hargreaves Heap/Varoufakis, 1995, S. 152. Vgl. Montesquieu, 1958, S. 37: „Si les grandes conquêtes sont si difficiles, si vaines, si dangereuses, que peut-on dire de cette maladie de notre siècle qui fait qu'on entretient partout un nombre désordonné de troupes? elle a ses redoublement et elle devient nécessairement contagieuse, car sitôt qu'un État augmente ce qu'il appelle ses forces, les autres soudain augmentent les leurs, de façon qu'on ne gagne rien par là que la ruine commune. Chaque Monarque tient sur pied toutes les Armées qu'il pourroit avoir si les Peuples étoient en danger d'être exterminés, et on nomme Paix cet état d'effort de tous contre tous“.

39 „It is therefore necessary, to the end the security sought for many be obtained, that the number of them who conspire in a mutual assistance be so great, the accession of some few to the enemies party may not prove to them a matter of moment sufficient to assure the victory“. Hobbes, 1983, V, 3, S. 86. Vgl. Hobbes, 1962, c. 17; S. 130.

40 Vgl. Cheneval, 2002, Zweiter Teil.

41 Vgl. Shue, 1981, S. 107-145; Hurrell, 1995, S. 129-153.



#### 4 Nationale Realisierungsbedingungen und die kosmopolitische Transgressivität der modernen Demokratie

Die kosmopolitische Transgressivität des demokratischen Nationalstaates beinhaltet nebst den bereits genannten Aspekten eine Berücksichtigung der kulturellen und nationalen Realisierungsbedingungen der Demokratie. Die Vermittlung normativer Geltung und faktischer Realität der liberalen Demokratie ist ursprünglich an eine nationale demokratisch organisierte Gemeinschaft gebunden. Dies hat seinen Grund in der Einsicht, dass die Demokratie trotz ihrer universalistischen Geltungsbedingungen an kulturelle, kommunale, territoriale, insgesamt nationale Realisierungsbedingungen gebunden ist. Schon auf dem europäischen Kontinent hat „Demokratie“ in jedem Land, wenn man von den Grundprinzipien absieht, eine je andere hermeneutische Einfärbung aufgrund verschiedenster kultureller Faktoren. Die Teilhabe an einer nationalen Kultur und die Zugehörigkeit zu einer national gehegten Demokratie hat sich bisher in der Geschichte als Ermöglichungsgrund individueller Selbstverwirklichung und demokratischer Gesellschaftskonstruktion erwiesen. Das langsame Ausscheiden des Lateins als einer Elitesprache zu Gunsten der Volkssprache in Wissenschaft und Gesellschaft war ein politischer, religiöser und auch individualistischer Emanzipationsprozess, der durch die Nationenbildung gewährleistet und durch den demokratischen Nationalstaat politisch operationalisiert wurde. Umgekehrt geht heute die Auflösung der sozialen und nationalen Unmittelbarkeit und Ordnung meist einher mit einer Erosion individueller Autonomie und politischer Partizipation.<sup>42</sup> Deswegen reden zahlreiche Forschende gerade im Namen der Aufklärung einem liberalen Nationalismus<sup>43</sup> oder „constitutivism“<sup>44</sup> das Wort, der höchstens mit einem kulturellen (musikalischen, kulinarischen, touristischen, literarischen etc.) aber apolitischen Kosmopolitismus angereichert wird.<sup>45</sup>

Die Transgressivität der Demokratie bedeutet aber, dass demokratische Gemeinschaften nicht einem politischen Solipsismus frönen können, sondern durch binnenrechtliche und reziprok mit anderen Staaten vereinbarte *régimes* versuchen sollen, das Inklusionsdefizit der Grund- und Minderheitenrechte und das Sicherheitsdilemma zu verringern. Es stellt sich deshalb die Frage, in welchem staatsrechtlichen und rechtsphilosophischen Verhältnis das Trägheitsgesetz des Verharrenwollens in nationaler und kultureller Unmittelbarkeit zur kosmopolitischen Transgressivität des liberalen Sicherheits- und Grundrechtsgedankens stehen soll. Da es sich bei der These der Transgressivität um ein regulatives Entwicklungsprinzip handelt, das den Nationalstaat als wichtige Entwicklungsstufe der Demokratie anerkennt, genügt es diejenigen Thesen zu widerlegen, die von einer notwendigen und ausschließlichen Beziehung von Demokratie und Nation ausgehen und somit eine kosmopolitische Weiterentwicklung der Demokratie prinzipiell ausschließen. Diese Argumentationen beruhen nicht auf rechtsphilosophischen, sondern auf kulturphilosophischen

und sozialpsychologischen Überlegungen. Insgesamt behaupten sie, dass die Kulturnation eine notwendige Voraussetzung der Demokratie ist. Die Begründung lautet, dass die Motivation zu kollektivem Handeln, die soziale Integration, die Stiftung eines institutionellen Rahmens sowie die Anerkennung und Koordination von dessen Macht nicht durch Sanktionierung hergestellt werden. Diese allgemeine These akzentuiert sich in Bezug auf den demokratischen Staat. Konsens in Bezug auf die Allokation und Umverteilung von Ressourcen könne nur erwartet werden, wenn die Mitglieder eine gemeinsame Identität, affektive Bindungen und ein gewisses Maß an kultureller Homogenität aufweisen. Allenfalls teilt sich diese Argumentation in eine ethnozentrische und eine nationalistische Spielart, wobei Nationalisten eine gemeinsame Geschichte und Kultur auf einem bestimmten Territorium, explizit aber keine ethnische Homogenität voraussetzen. Wichtig ist auch der methodische Status dieser Argumentation. Er handelt sich um die empirisch-kausale Behauptung einer notwendigen Realisierungsbedingung der Demokratie, nicht um eine konzeptuelle Analyse. In einem kürzlich erschienen Artikel hat A. Abizadeh vier Argumente widerlegt, welche die Faktizität einer Kulturnation als notwendige Realisierungsbedingung der Demokratie behaupten.<sup>46</sup> Diese Widerlegung stützt die hiesige These der kosmopolitischen Transgressivität der Demokratie, denn sie lässt die Voraussetzung gelten, dass soziale Integration nicht nur auf staatlicher Sanktion, sondern auch auf nicht-strategischem Verhalten beruht, und dass dieses nicht-strategische Verhalten von gewissen affektiven Identitätsbindungen abhängt. Daraus folgt jedoch nicht eine unbedingte Korrelation von Demokratie und nationalstaatlicher öffentlicher Kultur. Ich möchte in der Folge zwei Argumente beleuchten. Das erste ist das Argument der volkssprachlichen Homogenität des demokratischen Staates, das zweite der Konstitutivismus.

1. Jüngst hat W. Kymlicka im Anschluss an John Stuart Mill und Dieter Grimm quasi transzendental-pragmatisch argumentiert und die volkssprachliche Kommunikation als notwendige Bedingung der Performanz von Demokratie bezeichnet. Er glaubt, daraus ein Argument für den sehr beschränkten Umfang einer jeden demokratisch verfassten Gemeinschaft (1) und den primär nationalen Charakter der Demokratie ableiten (2) zu können.<sup>47</sup> Den Kosmopolitismus selbst verbannt Kymlicka ins forum internum; er betrachtet ihn lediglich als einen moralisch gebotenen „state of mind“ (3).<sup>48</sup>

Ich denke, dass man der These (2) bezüglich des primär nationalen Charakters der Demokratie gerade auch vom Standpunkt der kosmopolitischen Transgressivität aus zustimmen kann, solange „primär“ konsequent im historischen Sinn verstanden wird. Die geschichtliche Entwicklung hat in der Tat erwiesen, dass die Bedeutung der eigenen Sprache für die Stiftung von Identität und die Bedeutung alltagssprachlicher Kommunikation im demokratischen Diskurs dazu führte, dass den Aufklärungsidealen von individueller Autonomie und politischer Partizipation bisher am besten in staatsrechtlichen oder nationalem Kontext gedient war.

42 Vgl. Kymlicka, 2001, S. 208-210.

43 Rawls, 1993, S. 277; Margalit/Raz, 1990; Taylor, 1992; Tamir, 1993; Spinner 1994; Miller, 1995.

44 Vgl. Brown, 1992, S. 117 ff.

45 Vgl. Waldron, 1995.

46 2002.

47 Kymlicka, 2001, S. 212-216, bes. 213. Eine ähnliche These vertraten auch Barry, 1991, S. 178, und Miller, 1998, S. 50.

48 Kymlicka, 2001, S. 220.

Dass dieser Kontext aber definitiv auf eine volkssprachlich definierte Gemeinschaft beschränkt werden muss und zu einer fundamentalen Kritik an politischen Konstruktionen und Projekten wie der EU Anlass bietet (1), ist eine Gleichsetzung von nationaler Identität und kultureller Identität und eine Verwechslung der linguistischen Grenzen der Diskussionsgemeinschaft mit dem Geltungsbereich demokratisch beschlossener Gesetze. Die politischen Systeme Belgiens, Kanadas, Spaniens und insbesondere der Schweiz belegen, dass durchaus in linguistisch und föderal getrennten Gemeinschaften über identische politische Themen diskutiert und entschieden werden kann, deren rechtlicher Geltungsbereich sich nach der gefassten Entscheidung auf alle zum politischen Ganzen gehörenden Sprachgemeinschaften erstreckt. Die politische Union umfasst mehrere Sprachgemeinschaften und die föderale politische Aufteilung entspricht weder den Sprach- noch den Religionsgrenzen. Dass sich also Condorcet geirrt haben soll und keine Entwicklung einer identitätsstiftenden Universal Sprache absehbar ist, die eine kosmopolitische Demokratieideal einlösen kann, stellt entgegen den Erläuterungen Kymlickas<sup>49</sup> kein prinzipielles Hindernis zur Bildung von größeren politischen Einheiten nach föderalistischen Grundsätzen dar.

2. Das Argument des Konstitutivismus, wonach die Souveränität für die Konstitution von Individualität notwendig ist,<sup>50</sup> impliziert, dass die Inanspruchnahme von Souveränität am Maßstab der tatsächlichen individuellen Identitätsstiftung gemessen werden muss. Menschenrechte sind demnach der Probestein von legitimer Souveränität und nicht umgekehrt.<sup>51</sup> Die Frage ist deshalb nicht ob, sondern nach welchen politischen und juristischen Regeln sich der Interaktions- und Integrationsprozess von Nationalstaaten und ihren Bürgerinnen und Bürgern abspielen soll.

In diesem Punkt stoßen der liberale Nationalismus und der ins forum internum verbannte Kosmopolitismus (3) an ihre theoretischen Grenzen. In einem weiteren Kapitel, dessen Positionen mit dem vorangehenden nicht harmonieren, verweist Kymlicka selbst auf den immanenten Widerspruch zwischen Minderheitennationalismus und nationalstaatlichem Nationalismus. Aufmüpfige Minderheiten verstehen sich oft als eine Nation in der Nation und berufen sich auf nationalistisches Gedankengut, um ihre Rechte einzufordern. Damit stellen sie sich meist gegen einen Staatsnationalismus, und zwar mit den Argumenten, die auch Staatsnationalisten im Allgemeinen bemühen: nämlich dass Menschen eine tiefe Verwurzelung in einer nationalen Identität und Kultur haben und ihre politische Gemeinschaft innerhalb dieses Rahmens realisieren möchten. Es ist also widersprüchlich, wenn Nationenbildung unter Missachtung von Ansprüchen von Minderheiten und gleichzeitiger Berufung auf Ansprüche der nationalen Einheit vorangetrieben wird. Es ist aber davon auszugehen, dass nicht jeder nationalen Minderheit ein Nationalstaat gewährt werden kann. Aus diesen Gedanken folgert selbst Kymlicka: „However, the relevant 'political units' cannot be states. We need to think of a world, not of nation-states, but of multinational states. If liberal nationalism is to be a viable and defensible

approach in today's world, we need to renounce the traditional aim of liberal nationalism“.<sup>52</sup> Kymlicka gibt zu, keine Theorie für einen solchen „multination federalism“ bereit zu haben. In jedem Fall bedeuten seine Überlegungen zum Dilemma des liberalen Nationalismus aber, dass der Kosmopolitismus mehr sein muss als ein „state of mind“. Er selbst setzt deshalb zu einer kurzen Auseinandersetzung mit dem Kosmopolitismus David Held's an. Diesem wirft er u. a. vor, keinen Theoriestatus vorzuweisen, wie die nationalen Realisierungsbedingungen der Demokratie auf der kosmopolitischen Ebene eingelöst werden können.

Kymlicka unternimmt aber eine sehr verkürzte Auseinandersetzung mit dem Kosmopolitismus. Entsprechend unergiebig ist das Resultat. Historisch bezieht er sich lediglich auf die historiographisch überholte und wenig umfassende Arbeit von Schlereth,<sup>53</sup> systematisch auf einen verkürzt dargestellten D. Held. Das dadurch entstehende Defizit kann hier nicht aufgearbeitet werden. In Bezug auf das von Kymlicka signalisierte methodische Problem einer Diskrepanz zwischen den kosmopolitischen Geltungsbedingungen und den partikularen Realisierungsbedingungen der Demokratie kann aber vermerkt werden, dass die kosmopolitische Transgressivität der liberalen Demokratie eine regulative Entwicklungsperspektive eröffnet, die eine prozessuale Konzeption des Kosmopolitismus als fruchtbar erscheinen lässt.

## 5 Der prozessuale Kosmopolitismus

Die Spannungen zwischen den universalistischen Geltungsbedingungen und den partikularen Realisierungsbedingungen sowie das Dilemma des liberalen Nationalismus im Sinn Kymlickas bedeuten, dass der kosmopolitischen Transgressivität der liberalen Demokratie nur durch eine prozessuale Theorie Genüge getan werden kann. Ein unmittelbarer, universaler Staatsimperativ<sup>54</sup> liegt dieser Theorie ebenso fern wie eine hypostatische Fixierung der Demokratie auf der nationalen oder irgendeiner politischen Ebene. Die Konzeption eines abstrakten Kosmopolitismus impliziert die Schwierigkeit der unreflektierten Transposition partikularer Realisierungsbedingungen auf die kosmopolitische Ebene. Die Antwort auf die Ansprüche der kosmopolitischen Transgressivität der liberalen Demokratie ist aber nicht ein abstrakter, ahistorisch argumentierender Kosmopolitismus, sondern eine an eine gemeinsam erzählte Geschichte anknüpfende, pragmatisch immer wieder beschränkte, föderale politische Union von sich demokratisierenden Nationalstaaten: ein kommunal und zivilgesellschaftlich eingeholter, „langsamer“ Kosmopolitismus. Dieser prozessuale Kosmopolitismus bleibt auf den legalen Kontext des internationalen Rechts, auf dessen Kodifizierung der Menschenrechte und Regulierung der gesamten Staatenwelt angewiesen. Es kann aber behauptet werden, dass im Artikel 28 der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* die kommuni-

49 Kymlicka, 2001, S. 216-218.

50 Frost, 1996, ch. 4, ch. 5.

51 Jones, 1999, S. 217-220.

52 Kymlicka, 2001, S. 234.

53 Schlereth, 1977.

54 Für eine Kritik an einem solchen Imperativ vgl. Kohler, 2002, S. 165-180; Hirsch, 2002, S. 145-152.



täre Realisierung der kosmopolitischen Transgressivität der liberalen Demokratie völkerrechtlich bereits kodifiziert ist.<sup>55</sup>

Was ist aber unter dem prozessualen Kosmopolitismus genauer zu verstehen? Er geht davon aus, dass das Ideal der kosmopolitischen Demokratie nur die normative Idee der Geltungsbedingungen, nicht aber die Mittel und auch nicht die konkrete Form des politischen Inklusions- und Integrationsprozesses darstellt. Er ist auch nicht der Inbegriff des (minimalen) Weltstaates. Es handelt sich unter Berücksichtigung der hauptsächlich nationalen und kulturabhängigen Realisierungsbedingungen bei der kosmopolitischen Transgressivität um ein regulatives Prinzip, das der liberalen Demokratie die normative Marschrichtung vorschreibt und sowohl der inneren Organisation des Staates als auch der zwischenstaatlichen Organisation zu Grunde zu legen ist. Der demokratische Nationalstaat, die politische Union demokratischer Staaten und die internationalen Organisationen sind realgeschichtliche Schemen, die dem kosmopolitischen Ideal der friedlichen Verwirklichung von Grundrechten konstant angeglichen und an ihm gemessen werden.<sup>56</sup> Als regulatives Prinzip ist das Ideal der kosmopolitischen Rechtsgemeinschaft eine normative Zielvorstellung eines durch gemeinschaftliches politisches Handeln und supranationale Gemeinschaftsstiftung zu befördernden Entwicklungsprozesses. Kant spricht von einer „allgemein fortschreitenden Coalition in eine weltbürgerliche Gesellschaft“.<sup>57</sup> Die kosmopolitisch-transgressive Idee der liberalen Demokratie ist das normative Telos eines inner- und zwischenstaatlich vernetzten Inklusions- und Identitätsstiftungsprozesses. Gemäß der kosmopolitischen Transgressivität der liberalen Demokratie sind demokratische Staaten auf die Bildung einer universalen Rechtsgemeinschaft verpflichtet. Diese ist aber als Idee nicht zu verwechseln mit den institutionellen Bedingungen und sozialen Instrumenten der progressiven Bildung von demokratischen Nationen und politischen Unionen demokratischer Staaten. Mit M. Scheler kann von einem „Richtungsschrittgesetz“<sup>58</sup> gesprochen werden. Die kosmopolitische Transgressivität und die Idee einer universalen demokratischen Rechtsgemeinschaft, in der die Staaten als die primären Garanten von Demokratie enthalten sind, führt deshalb nicht zu deren Auflösung, sondern lediglich zur einer Transformation ihres juristischen Status,<sup>59</sup> zu einem *qualified sovereignty*,<sup>60</sup> der längst zur positiven Realität des internationalen Rechts gehört und sich weiter ausdifferenzieren wird.

Durch den normativ-prozessualen Charakter der kosmopolitischen Rechtsidee kann dieser prozessuale Kosmopolitismus den geschichtlichen, nationalen Realisierungsbedingungen der Demokratie Rechnung tragen. Es muss unter den heute ge-

gebenen Umständen supponiert werden, dass die Nationalstaaten keine allgemeine kosmopolitische Demokratie bilden können und auch nicht wollen. Das reine Vernunftkonstrukt einer kosmopolitischen Demokratie muss, wie ansatzweise bei Kant, in eine politische Theorie integriert werden. Dem Königsberger ging es besonders in der „Friedensschrift“ um die Formulierung einer Theorie der schrittweisen aber langsamen politischen Realisierung einer globalen Rechtsgemeinschaft. Deshalb supponierte er (in hypothesi) die Hinderungsgründe einer kosmopolitischen Rechtsgemeinschaft. Er unterschied zwischen den zufälligen und notwendigen Bedingungen und warf konservativen Gegnern der Französischen Revolution und der kosmopolitischen Idee vor, die „Bedingungen der Ausführung des Gesetzes zu Bedingungen des Gesetzes selbst“ zu machen.<sup>61</sup> Ohne die kontingenten Realisierungsbedingungen zu leugnen, stellte er klar, dass letztere nicht notwendige Bedingungen des Gesetzes sein können. Im Recht und der geschichtsphilosophisch-politischen Theorie seiner Realisierung ist nur die Idee der kosmopolitischen Demokratie als notwendige Bedingung von Freiheit unter Gesetzen zu postulieren. Die Stiftung einer bürgerlichen und weltbürgerlichen Gesellschaft bezeichnete Kant deshalb wiederholt als Postulat.<sup>62</sup> Die Verwendung von „Postulat“ im Gegensatz zu „Pflicht“ lässt deutlich werden, dass es nicht um die Bestimmung eines reinen Sollens, sondern um den Endzweck eines politischen Prozesses geht, der als vernünftig betrachtet werden kann. In Bezug auf die Geltungsbedingungen des Rechts ist der kosmopolitische Vertrag ein unbedingter Zweck der Vernunft. In Bezug auf die kontingenten Realisierungsbedingungen muss aber supponiert werden, dass es konkrete Hinderungsgründe gibt. Kymlickas Einwand „politics in the vernacular“ z. B. sollte dieser methodische Status zugesprochen werden. Er muss von jeder kosmopolitischen Theorie Ernst genommen werden. Es handelt sich aber weder geltungslogisch noch empirisch um einen prinzipiellen Einwand. Auf die Unterscheidung zwischen sprachlicher Kommunikationsgemeinschaft und rechtlichem Geltungsbereich wurde schon hingewiesen. Zweitens ist die Sprache ein Phänomen, das durch soziale und politische Entwicklungen transformiert wird. Die Volkssprache ist deshalb nicht ein grundsätzlicher Hinderungsgrund kosmopolitischer Demokratie. Vielmehr stellt die Kadenz ihrer Transformation und die Akzeptanz übergeordneter Hochsprachen und „linguae francae“ einen Indikator der möglichen Geschwindigkeiten und Rückschläge eines demokratisch verantworteten kosmopolitischen Integrationsprozesses dar. Drittens hat die Sprache kraft ihres kommunikativen Telos ein universalistisches Moment. Menschen, die irgendeine Sprache besitzen, können sich verständigen, so dass mit der Zeit auch eine gemeinsame Rechtskultur und politische Entscheidungsfindung möglich wird.<sup>63</sup>

55 „Jeder Mensch hat Anspruch auf eine soziale und internationale Ordnung, in welcher die in der vorliegenden Erklärung angeführten Rechte und Freiheiten voll verwirklicht werden können“. (Vgl. <http://www.boes.org/un/gerhr-b.html>).

56 Vgl. Kant, AA, Bd. 8, S. 350, Zum ewigen Frieden; Bd. 6, S. 344, Metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre.

57 Vgl. Kant, AA, Bd. 7, S. 331, Anthropologie in pragmatischer Hinsicht.

58 Scheler, 1974, S. 25.

59 Die Souveränität des Einzelstaates ist für Kant keine Vernunftidee. Für gegenteilige Interpretationen vgl. Koller, 1996, S. 217; Habermas, 1995, S. 19 f.; Kersting, 1993, S. 73-76.

60 Vgl. Jones, 1999, S. 214-216.

61 Kant, AA, Bd. 8, S. 277, Über den Gemeinspruch.

62 „Das Postulat also, was allen folgenden Artikeln zum Grunde liegt, ist: Alle Menschen, die auf einander wechselseitig einfließen können, müssen zu irgend einer bürgerlichen Verfassung gehören“. (Kant, AA, Bd. 8, S. 349, Fußnote, Zum ewigen Frieden). – „Aus dem Privatrecht im natürlichen Zustande geht nun das Postulat des öffentlichen Rechts hervor: du sollst im Verhältnisse eines unvermeidlichen Nebeneinanderseins mit allen anderen aus jenem heraus in einen rechtlichen Zustand, d. i. den einer austheilenden Gerechtigkeit übergehen. – Der Grund davon lässt sich analytisch aus dem Begriffe des Rechts im äußeren Verhältniß im Gegensatz der Gewalt (*violencia*) entwickeln“. (Ders., Bd. 6, S. 307, Metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre)

Es war Kant bewusst, dass die Verwirklichung der Rechtsgemeinschaft der Menschheit in thesi eine leichte, in hypotese aber eine „schwere und langsam auszuführende Sache sei“.<sup>64</sup> Obschon dieser erschwerte Modus der Ausführbarkeit anzeigt, dass die kosmopolitische Demokratie nicht „sofort und mit Ungestüm“<sup>65</sup> realisiert werden kann (auch C. Jones legt Wert auf diese Feststellung<sup>66</sup>), bedeutet er nicht eine Negation der universalistischen Geltungsbedingungen der liberalen Demokratie. Trotzdem kann er einer Philosophie, der es um die tatsächliche, wenn auch graduelle politische Realisierung der kosmopolitischen Norm geht, nicht gleichgültig sein. Besonders dann nicht, wenn der Versuch der forcierten Anpassung der Ausführungsbedingungen an das Ideal, dem Ideal selbst performativ widerspricht.<sup>67</sup> Kant sah zwei Möglichkeiten, wie es durch ein unmittelbares Erzwingen zu einer Verfehlung des demokratischen Rechtszwecks kommen kann. Erstens durch die Herstellung eines allgemeinen Friedens ohne Freiheit,<sup>68</sup> zweitens durch die Herstellung des Friedens durch ein „bellum maximum“ eines Völkerstaates gegen Einzelstaaten. Er war nicht prinzipiell gegen die Föderation der Demokratien. Im Gegenteil, er hielt sie für die Vernunftidee und trat dafür ein, dass ihre Gründung „eingeleitet werde“.<sup>69</sup> Er hat aber darauf aufmerksam gemacht, dass es kontingente Ausführungsbedingungen gibt, die seine übereilte Gründung nur unter Anwendung von massiver Gewalt als möglich erscheinen lassen. Es sind also normative Gründe performativer Widersprüchlichkeit, die unter Anerkennung der Realisierungsbedingungen gegen die unmittelbare gewaltsame Schaffung einer kosmopolitischen Rechtsstruktur sprechen. Es scheint mir deshalb verfehlt bei Kant „eine folgenreiche *metabasis*“<sup>70</sup> von einer praktischen in eine historisch-politische Argumentation zu diagnostizieren. Ein „fauler Kompromiss“<sup>71</sup> ist ebenfalls nicht auszumachen. Vielmehr ist es die auch von heutigen Verfechtern des Kosmopolitismus geteilte Einsicht,<sup>72</sup> dass der Kosmopolitismus „nicht übereilt und so der Absicht selbst zuwider“ gestiftet werden kann. „Der Absicht selbst zuwider“ kann in diesem Zusammenhang heute sehr allgemein verstanden werden, nicht nur als unangemessene militärische Gewalt, sondern auch als Missachtung einer kulturellen und linguistischen Identität, als massive Verletzung von Selbstbestimmung und Autonomie. Der prozessuale Kosmopolitismus ist deshalb ein ziviler, gemeinschaftsbezogener und kommunitär verantworteter Kosmopolitismus.<sup>73</sup> Supranationale Gewalt konzipiert er als Notmittel, nicht als Stiftungsprinzip einer Welt-demokratie.<sup>74</sup>

63 Vgl. Holenstein, 1985, S. 124-179.

64 Kant, AA, Bd. 5, S. 294, Kritik der Urteilskraft; Bd. 8, S. 357, Zum ewigen Frieden.

65 Kant, AA, Bd. 8, S. 372, Zum ewigen Frieden.

66 Jones, 1999, S. 214.

67 Jones, 1999, S. 229.

68 Kant, AA, Bd. 8, S. 310 f., Über den Gemeinspruch; S. 367, Zum ewigen Frieden.

69 Kant, AA, Bd. 8, S. 313, Über den Gemeinspruch; S. 357, Zum ewigen Frieden.

70 Höffe, 1990, S. 274.

71 Vgl. Seel, 1997, S. 322.

72 Jones, 1999, S. 214 ff.; Delanty, 2000, S. 135-145.

73 Im Sinn von Delantys (2000, S. 137-145) *civic cosmopolitanism*. Vgl. auch Mitias, 1990a; 1990b; 1992.

74 Vgl. dazu Cheneval, 1997, S. 175-192.

Nicht die Abstraktion einer inhaltlich fixierten Verfassung der Menschheit oder das Ideal einer nach normativen Gesichtspunkten reformierten UNO, die gegen Einzelstaaten und Nationen zwanghaft durchgesetzt werden müsste, sondern die Dynamik eines Demokratisierungs- und Integrationsprozesses von demokratischen Staaten und Gesellschaften stehen in der Rede von der kosmopolitischen Transgressivität der Demokratie im Vordergrund. Man darf sich daran erinnern, dass Kants Gegenbegriff zu „Krieg“ nicht „Staat“, sondern „Prozess“ (des Rechts) ist. Er spricht davon, den Krieg durch eine „fortdauernde Friedensstiftung“<sup>75</sup> nicht durch eine „unauflösliche Staatsverfassung“, sondern „gleichsam durch einen Prozess“ zu ersetzen.<sup>76</sup> Unter einer „weltbürgerlichen Verfassung“<sup>77</sup> versteht Kant nicht in erster Linie eine positive Weltverfassung, sondern einen „Zustand des allgemeinen Friedens“,<sup>78</sup> der auf die Idee der kosmopolitischen Rechtsgemeinschaft hinzulenken ist. Die Idealität der kosmopolitischen Demokratie und der stets nur approximative Status der konkreten politischen Arrangements führt dazu, dass die institutionellen Bedingungen des Annäherungsprozesses selbst auch nur Resultat eines politischen Prozesses sein können. Mit der regulativen Idee der kosmopolitischen Transgressivität demokratischen Rechts wird deshalb nicht eine überzeitliche, konkrete Idealverfassung der Menschheit gesetzt, auch nicht die eines minimalen Weltstaats, sondern es wird ein normatives, prozessleitendes Prinzip für einen politisch-empirischen Prozess demokratischer Institutionalisierung formuliert.

Zu vermeiden gilt es deshalb das Missverständnis, der nicht eingelöste menschenrechtliche Übersteigerungsanspruch der modernen Demokratie stelle eine grundsätzliche Diskreditierung des liberalen demokratischen Nationalstaates dar. Im Gegenteil, durch diesen kommt die kosmopolitische Dimension des Rechts und der Demokratie überhaupt erst in den Blick und in den Bereich politischer Realisierbarkeit. Zu einer Negation und Diskreditierung des liberalen Nationalstaates kommt es nur im Fall einer nationalistischen Verabsolutierung des Staates oder im Fall eines abstrakten Kosmopolitismus. Nur wenn der Nationalstaat oder der Weltstaat zu einem realgeschichtlichen Selbstzweck hypostasiert oder die Volkssouveränität unsachgemäß von universalen Menschen- und Grundrechten abgekoppelt werden, erscheint die Differenz zwischen nationaler Volksdemokratie und Menschenrecht als grundsätzlich widersprüchlich. Nur wenn der Kosmopolitismus unter Missachtung seiner zivilgesellschaftlichen Realisierungsbedingungen konzipiert wird, kommt es zu einer Diskreditierung und einer Negation des liberalen Nationalstaates. Sofern aber beim liberalen Nationalstaat als Basis liberaler Demokratie angesetzt wird, kann ausbuchstabiert werden, dass dieser demokratische Nationalstaat einer prozessualen, pragmatisch zu verantwortenden und mit anderen demokratischen Nationalstaaten gemeinschaftlich zu realisierenden Reduktion des Inklusions- und Sicherheitsdefizits verpflichtet ist.

75 Vgl. Kant, AA, Bd. 6, S. 355, Metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre.

76 Vgl. Kant, AA, Bd. 6, S. 351, Metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre.

77 Kant, AA, Bd. 8, S. 311, Über den Gemeinspruch; S. 372, Zum ewigen Frieden.

78 „weltbürgerliche Verfassung (Zustand eines allgemeinen Friedens)“. Kant, AA, Bd. 8, S. 311, Über den Gemeinspruch.